



RUSSLAND NACH DEN WAHLEN 2018: STABILITÄT VS. VERÄNDERUNG?

Hanna Grininger, Christoph Bilban

Am 7. Mai 2018 wurde Wladimir Putin zum vierten Mal für weitere sechs Jahre als Präsident der Russischen Föderation angelobt. Er konnte sich zwar durch die „Heimholung“ der Krim bereits einen Platz in der russischen Geschichte sichern, steht jedoch vor großen Herausforderungen. So muss etwa die Wirtschaft nachhaltig gestärkt werden, die Konflikte in Syrien und der Ukraine verbrauchen wertvolle Ressourcen und die Gräben zum Westen haben sich weiter vertieft. Wie steht es also um die Stabilität des Systems Putin und welche Rolle wird Russland als sicherheitspolitischer Akteur zukünftig spielen?

Nach der Wahl ist vor der Wahl

Nachdem alle Seiten mit einem Sieg Putins bei der Wahl am 18. März 2018 rechneten, stand vielmehr die Höhe seines Erfolgs bzw. die Wahlbeteiligung im Fokus. Ziel war es, Putin bei 70% Wahlbeteiligung mit mindestens 70% der Stimmen als starken Führer zu legitimieren. Mit 76% der Stimmen wurde dies übererfüllt, nur die Wahlbeteiligung von 67% trübt das Ergebnis leicht. Auch der Wahltermin am vierten Jahrestag der Annexion der Krim am 18. März förderte die Mobilisierung der Wählerschaft (z.B. Konzert am Roten Platz). An Putins Wahlerfolg konnte auch der Boykottaufruf des im Westen bekannten - und zur Wahl nicht zugelassenen - Oppositionellen Alexei Nawalny nichts ändern. Als Vertreterin der demokratischen Opposition trat Xenia Sobtschak (1,67%) an. Die „Kandidatin gegen alle“ sollte die Wahl für Putin-Kritiker als „echte“ Alternative interessant machen. Ihr Abschneiden zeigt jedoch, dass die zerstrittene demokratische Opposition Russlands derzeit chancenlos ist. Die OSZE-Wahlbeobachter sprechen von einem weitgehend korrekten Ablauf

der Wahl. Anlass zur Kritik gaben v. a. die Umfeldbedingungen (Druck auf kritische Stimmen, einseitige Medienberichterstattung) und das Fehlen eines echten Wettbewerbs (Einschränkungen bei der Registrierung von Kandidaten und der Versammlungsfreiheit).

Putins Wahlkampf konzentrierte sich auf nationalistische Narrative und militärische Triumphe (Krim, Syrien). Die Zustimmung großer Teile der Bevölkerung war ihm durch den Fokus auf außenpolitische Erfolge sicher. Generell beruht seine Legitimation stärker auf Außen- als auf Innenpolitik, aus der er sich in letzter Zeit zunehmend zurückzog. Ein Blick auf die russische Innenpolitik lohnt sich aber auf jeden Fall, da Putin den drängenden wirtschaftlichen und sozialen Problemen in den kommenden sechs Jahren nicht aus dem Weg gehen können wird. Der Stellen-

wert der Wirtschaft zeigt sich auch darin, dass der bisherige Finanzminister Anton Siluanow nun zusätzlich den Posten des Ersten Vizepremiers bekleidet. Der als Vizepremier gehandelte wirtschaftsliberale Ex-Finanzminister Alexei Kudrin leitet nun den Föderalen Rechnungshof.

Innere Veränderung - notgedrungen, spontan, geplant?

Die Bilanz der wirtschafts- und sozialpolitischen Lage im Land ist ernüchternd, wie Putin selbst am 1. März vor der Föderalversammlung anmerkte. Gemeistert werden müssen Herausforderungen infolge einer Überalterung der Bevölkerung, schlechter Infrastruktur, ausufernder Bürokratie, Korruption, einer wachsenden Schere zwischen Arm und Reich und massiver Defizite im Bildungs- und Gesundheitssystem (z.B. veraltete Geräte und ineffektive Strukturen). Ebenso muss die rohstoffbasierte Wirtschaft modernisiert und diversifiziert werden. Wie wichtig diese Themen für den Präsidenten sind, zeigt sein Dekret vom 7. Mai, demzufolge er Russland bis 2024 unter die fünf führenden Wirtschaftsnationen der Welt führen und die Armutsquote halbieren will.

Neben der zukünftigen wirtschaftspolitischen Ausrichtung Russlands wird in den nächsten Jahren die Frage nach Putins Nachfolge ins Zentrum rücken. Verschiedene Eliten wie die Angehörigen des Sicherheits- und Militärapparats und der Geheimdienste (sog. Silowiki), Liberale und „Polit-Technokraten“ werden verstärkt um Einfluss ringen. Obwohl in letzter Zeit ein Generationenwechsel hin zu jüngeren (Polit-)Technokraten zu beobachten war, steht die erneute Ernennung von Dmitri Medwedew zum Premierminister für Stabilität und lässt die Nachfolge weiter offen. Obwohl es in der Regierung einige neue Gesichter gibt, wird sich am politischen Kurs vorerst nichts ändern. Zudem bleibt die Rolle der Präsidentialadministration als bestimmende Institution weiter aufrecht. Es ist eher unwahr-

scheinlich, dass Putin nach 2024 durch eine Verfassungsänderung weiterregieren oder durch einen demokratischen Umsturz aus dem Amt entfernt wird. Viel mehr könnte er im Hintergrund als „Vater der Nation“ einen eigens für ihn geschaffenen Posten bekleiden. Somit könnte das über Jahre gewachsene „System Putin“ noch weit über das Ende der vierten Präsidentschaft hinaus bestehen bleiben.

Die strategische Lage nach der Wahl

Es deutet vieles darauf hin, dass Putin in der kommenden Präsidentschaft seine aktuelle Außenpolitik fortsetzen wird. Grundsätzlich ist Außen- und Sicherheitspolitik die Domäne des Präsidenten, wobei dieser nicht alleine entscheidet, sondern sich auf Beratung aus seinem engeren Umfeld stützt. Dabei spielen die Präsidentialadministration und der Nationale Sicherheitsrat eine zentrale Rolle, ebenso wie einige Vertraute aus Putins direktem Umfeld. Bestimmend für die strategische Kultur sind drei Leitlinien: die Formel „starker Staat, konservative Großmacht“; die Abgrenzung vom „feindlichen“ Westen; und die Mitbestimmung im sogenannten „Nahen Ausland“. Selbst der Opposition fehlen derzeit alternative Konzepte.

Der Blick auf Russlands strategische Lage zeigt ein durchwachsenes Bild. Die Beziehungen zu China sind freundschaftlich, aber nicht konfliktfrei. Noch funktioniert die Aufteilung in die militärisch-politische Weltmacht Russland und wirtschaftliche Weltmacht China aus Moskauer Perspektive. Wesentliches Element der russisch-chinesischen Beziehungen ist die militärische Kooperation in der Shanghai Organisation für Zusammenarbeit, wo man sich auf den Kampf gegen Terrorismus und innere Unruhen (sog. Farbrevolutionen) konzentriert. In Zentralasien werden Moskau und Peking in Zukunft einen Weg der Kohabitation finden müssen, denn während sich die fünf zentralasiatischen Staaten von Moskau ab-

nabeln, wächst der Einfluss Chinas (Belt and Road-Initiative). Putins Projekt der Eurasischen Union ist zwar ins Stocken geraten, aber Russland wird die historischen Beziehungen zur Region wegen der Bedeutung für die eigene Sicherheit - v. a. wegen der Gefahr des Islamismus und der Instabilität Afghanistans - nicht aufgeben.

Im Mittleren und Nahen Osten steht Moskau nach dem Machterhalt Assads und dem „Sieg“ über den Islamischen Staat vor der Herausforderung, Syrien zu befrieden. Dafür braucht Putin aber Ankara und Teheran, welche beide eigene Interessen in der Region verfolgen. Auf absehbare Zeit wird Russland eine bestimmende Macht in der Region bleiben. Mit Tartus (Marine) und Khmeimin (Luftwaffe) verfügt der Kreml über zwei permanente Militärbasen in Syrien und kann von dort Einfluss vom östlichen Mittelmeer bis ins Rote Meer ausüben. Militärische Machtprojektion ist jedoch auf Dauer kostspielig, weshalb Moskau versuchen könnte, eine Rolle als regionaler „Mediator“ einzunehmen. Für den Wiederaufbau Syriens werden aber auf jeden Fall finanziell potente Partner erforderlich sein.

Kein Tauwetter in den eingefrorenen Konflikten

Daneben kann Putin auch die eingefrorenen Konflikte in seiner unmittelbaren Nähe nicht ignorieren. Im Berg-Karabach-Konflikt zwischen Aserbaidschan und Armenien versucht sich Russland, der größte Waffenlieferant für beide Konfliktparteien, seit dem Vier-Tage-Krieg 2016 verstärkt als Mediator. Auch der Iran hat aus innenpolitischen Gründen (ca. 24% azerische Minderheit) ein Interesse an einer Konfliktlösung. Die Lage in Berg-Karabach ist weiterhin sehr angespannt. Der aserbaidschanische Präsident Alijew weiß die Türkei hinter sich und rüstete seine Armee in den letzten Jahren massiv auf. Armenien ist ein enger Verbündeter Moskaus (Mitglied der Eurasischen Union, russische Militärbasis im Land). Zu-

dem trat Ende April der Langzeitpräsident Sersch Sargsjan zurück, nachdem Proteste verhinderten, dass er sich als Premierminister weiter an der Macht halten konnte. Der mittlerweile zum Premier ernannte Oppositionsführer Nikol Paschinjan stellt die guten Beziehungen zum Kreml nicht in Frage. Der Machtwechsel in Jerewan lässt im Berg-Karabach-Konflikt also vorerst keine Entspannung erwarten.

Im kaukasischen Nachbarland Georgien sind nach wie vor in beiden abtrünnigen Regionen Südossetien und Abchasien russische „Friedenstruppen“ vor Ort. Trotz einer versuchten Annäherung zwischen Tiflis und Moskau herrscht Stillstand hinsichtlich einer Lösung des Konflikts. Durch den noch immer unklaren „Grenzverlauf“ zwischen Südossetien und Georgien besteht weiterhin Konfliktpotenzial (z.B. Verhaftungen georgischer Bürger wegen „illegaler“ Grenzübertritte). Offen ist, wie sich Putin zum 10. Jahrestag des russisch-georgischen Krieges von 2008 verhalten wird. Ein Besuch in den beiden „Separatistenrepubliken“ wäre jedenfalls kein Signal der Entspannung.

Im Ukraine-Konflikt wird es kurzfristig wahrscheinlich zu keiner Verschärfung des Konfliktes kommen, da man sich im Vorfeld der heimischen Fußball-WM kooperativ zeigen und das Event nicht stören möchte (siehe auch Sochi 2014). Wie gegensätzlich die Meinungen in Moskau und Kiew über die Lösung des Konflikts in der Ostukraine sind, zeigen die Vorschläge von Putin und Poroschenko zu einer möglichen UN-Mission im Donbass. Uneinigkeit herrscht v.a. über das Mandat in Hinblick auf Befugnisse, die Truppenstärke eines UN-Kontingents und das Einsatzgebiet (Beschränkung auf die Kontaktlinie, oder gesamtes Gebiet der sogenannten Volksrepubliken inkl. der Grenze zu Russland). Jedenfalls könnte eine UN-Mission für eine neue Dynamik im Konflikt und internationale Aufmerksamkeit sorgen, sowie Erleichterungen für den Alltag der Bevölkerung bringen. Im Hinblick auf die Lage der russischen

Wirtschaft könnte Putin versuchen, durch Zugeständnisse in der Ostukraine eine Lockerung der westlichen Sanktionen zu erwirken. Eine Rückgabe der Krim an die Ukraine steht in Russland weiterhin nicht zur Debatte.

Bezüglich des eingefrorenen Konflikts in Transnistrien fanden im Herbst letzten Jahres nach langer Zeit wieder Verhandlungen im 5+2 Format (Transnistrien, Moldawien, Ukraine, Russland, OSZE + EU und USA) statt. Kleinere Fortschritte zwischen Moldawien und Transnistrien wurden erzielt; wie z.B. Wiedereröffnung einer Brücke, Anerkennung von transnistrischen Zeugnissen. Am Status quo (Transnistrien fordert Autonomie; ca. 1.500 russische „Friedenstruppen“ vor Ort) wird sich wahrscheinlich nicht viel ändern - zu unterschiedlich sind die Interessen der beteiligten Akteure. Russland zeigt sich aber verhandlungsbereit. Putin könnte Transnistrien als Verhandlungsmasse gegenüber dem Westen nutzen. Ziel ist es, dadurch eine Verbesserung der Beziehungen zum Westen sowie eine finanzielle Entlastung zu erreichen, da der Kreml Transnistrien nach wie vor durch Zahlungen unterstützt.

Putins strategisches Dilemma

Russlands Präsident hat zwar auf absehbare Zeit keinen ernstzunehmenden innenpolitischen Konkurrenten zu erwarten, befindet sich aber unter gesellschaftspolitischem Erfolgsdruck. Um die Wirtschaftssanktionen zu lockern, und damit die Lebensverhältnisse der russischen Bevölkerung nachhaltig zu verbessern, bedarf es einer Entspannung mit dem Westen. Dies steht im Gegensatz zum bisherigen Vorgehen Moskaus in der Ukraine, in Syrien und zunehmend auch auf dem Westbalkan, wo Russland die In-

tegration in EU und NATO zu verhindern sucht. Eine Fortsetzung der dekonstruktiven Außen- und Sicherheitspolitik gegenüber Europa und den USA läuft daher innenpolitischen Notwendigkeiten entgegen.

Es ist auch fraglich, ob der Balanceakt in Syrien, wo Russland türkische, iranische, saudi-arabische und natürlich die eigenen Interessen abstimmen möchte, auf Dauer funktionieren kann. Für das Image Russlands, und damit seines Präsidenten, wird auch die Durchführung der Fußball-WM von Bedeutung sein. Eine Störung oder gar Blockade würde sich mit dem Selbstbild von einer bedeutenden und anerkannten Weltmacht nicht vertragen. Auf Grund des vielfältigen Engagements Russlands sollte es aber möglich sein, in einem geschickten diplomatischen Abwägen erfolgreich zu sein.

Ableitungen und Empfehlungen

- Präsident Putin wird in der nächsten Amtsperiode vermutlich danach trachten, neben außen- auch innenpolitische Erfolge aufzuweisen. Dies könnte zu einem Abgehen von seiner ablehnenden, teilweise feindlichen Haltung gegenüber Europa führen.
- Russland wird den Wiederaufbau in Syrien auf Grund seiner wirtschaftlichen Schwäche nicht finanzieren können. Möchte es sein „Siegerimage“ erhalten, wird es nach Partnern suchen müssen.
- Das kostspielige Engagement in Syrien, der Ukraine und den eingefrorenen Konflikten im Nahen Ausland kann Russland langfristig nicht aufrecht erhalten. Dadurch eröffnen sich neue Chancen, um die bestehenden Konflikte unter Mitwirkung Europas zu lösen.

Impressum:

Medieninhaber/Herausgeber/Hersteller: Republik Österreich/BMLV, Roßauer Lände 1, 1090 Wien

Redaktion: Landesverteidigungsakademie Wien/IFK, Stiftgasse 2a, 1070 Wien

Periodikum der Landesverteidigungsakademie

Druck: Reproz W 18-XXXX, Stiftgasse 2a, 1070 Wien



www.facebook.com/lvak.ifk